

In § 1 ist Hinter „Die Regierung“ einzufügen:  
„der Deutschen Demokratischen Republik“.

Berichterstatter: Abg. Dr. Helm

Berlin, den 26. Juni 1950

gez.: D a 11 m a n n  
Vorsitzender des Rechtsausschusses

Behandelt: 17. Sitzung (28. Juni 1950)  
Beschluß angenommen

### Drucksache Nr. 99

#### 3. Anzeige des Rechtsausschusses

gemäß § 16 (5) der Geschäftsordnung der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Der Rechtsausschuß hat in seiner Sitzung am 26. Mai 1950 beschlossen:

1. Die Eingabe R 3/50

Alfred Kern, Markranstädt, Südstr. 17, vom 11. Januar 1950 — Berufsausübung ehemaliger Verwaltungsangestellter —

2. Die Eingabe R 4/50

Otto Kettembeil, Leipzig C 1, Nürnberger Str. 22, vom 24. März 1950 — Rückgabe beschlagnahmter Einrichtungsgegenstände —  
durch Übergang zur Tagesordnung als erledigt zu erklären.

3. Die Eingabe R 1/50

Franz Itting, Erfurt, Cyriakstr. 13, vom 17. April 1950,  
a) — Einhaltung von Zustellungsfristen —,

der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen,

b) — Befürwortung des beim Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik eingereichten Gesuches des Petenten —,

durch Übergang zur Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Berlin, den 26. Juni 1950

gez.: D a 11 m a n n  
Vorsitzender des Rechtsausschusses

Behandelt: 17. Sitzung (28. Juni 1950)  
Beschluß: angenommen

### Drucksache Nr. 100

#### Entschließung

aller Fraktionen der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu den mit der Republik Polen, der Tschechoslowakischen Republik und der Volksrepublik Ungarn geschlossenen Abkommen und Vereinbarungen

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die Unterzeichnung der Deklarationen und den Abschluß der Abkommen, Protokolle und der anderen Vereinbarungen, die die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik durch ihre bevollmächtigte Delegation unter der Leitung des Stellvertreters des Ministerpräsidenten, Herrn Walter Ulbricht, mit den Regierungen der Polnischen Republik, der Tschechoslowakischen Republik und der Volksrepublik Ungarn getroffen hat.

Sie ist voll befriedigt von den erreichten Vereinbarungen, die dazu dienen, den Frieden zu festigen, die Freundschaft des friedliebenden deutschen Volkes mit dem polnischen, dem tschechoslowakischen und dem ungarischen Volk zu entwickeln und das Lager des Frie-

dens unter der Führung der großen Sowjetunion im Kampfe gegen die imperialistischen Kriegshetzer zu stärken.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat mit diesem bedeutungsvollen Werk das ihr gezeigte Vertrauen und die aktive Unterstützung aller friedliebenden, demokratischen und patriotischen deutschen Männer und Frauen und insbesondere der deutschen Jugend erneut gerechtfertigt, denn sie hat damit deren Willen erfüllt, durch eine Politik des Friedens und der Freundschaft die Entwicklung zu einer von der gesamten fortschrittlichen Menschheit geachteten friedliebenden und gleichberechtigten Nation zu ermöglichen.

Die Freundschaft und die Unterstützung, die die Deutsche Demokratische Republik durch die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, durch die Republik Polen, die Tschechoslowakische Republik, die Volksrepublik Ungarn und alle volksdemokratischen Staaten erfährt, ermöglichen es, das Tempo der Entwicklung unserer Friedenswirtschaft zu beschleunigen und die Versorgung der Bevölkerung über den Rahmen des Zweijahrplans hinaus wesentlich zu verbessern.

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß der für das ganze deutsche Volk erreichte große Erfolg nur möglich war, weil, gemäß dem Potsdamer Abkommen, auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945 ein neuer Weg beschritten, der Faschismus und Imperialismus mit seinen Wurzeln vernichtet und eine antifaschistisch-demokratische Ordnung errichtet wurde. Nur dadurch konnte es erreicht werden, daß diese freien und friedliebenden Völker, an denen der Hitlerfaschismus die barbarischsten Verbrechen verübte, uns nunmehr ein solches Vertrauen entgegenbringen. Es ist der Beweis erbracht, daß nur der Weg, für den die Nationale Front des demokratischen Deutschland kämpft, unserem ganzen deutschen Volk eine gesicherte Zukunft in Frieden, Unabhängigkeit und Wohlstand sichern kann.

Der tschechische Arbeiter, der am 22. Juni im Prager Sokolow-Werk erklärte: „Wer der Freund der Sowjetunion ist, ist auch unser Freund“, drückte die Gefühle aller friedliebenden Völker und der Friedenskräfte in der ganzen Welt aus. Es hat sich bestätigt, daß durch die Politik der Freundschaft für immer mit den Völkern der Sowjetunion das deutsche Volk die Freundschaft aller demokratischen, fried- und freiheitsliebenden Völker gewinnt.

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik spricht den Regierungen der UdSSR, der Republik Polen, der Tschechoslowakischen Republik und der Volksrepublik Ungarn den herzlichsten Dank für das Verständnis und Entgegenkommen und für die uns erwiesene großzügige Hilfe und Unterstützung aus. Die Abgeordneten der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und alle friedliebenden Deutschen erblicken darin die Verpflichtung, noch energischer und leidenschaftlicher für die Festigung der neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik und für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland zu kämpfen, dessen Existenz neben dem Bestehen der mächtigen friedliebenden Sowjetunion für immer dem Blutvergießen in Europa ein Ende machen wird.

Der Dank der Provisorischen Volkskammer gilt besonders Generalissimus Stalin, der die Völker in ihrem Streben nach Frieden und Demokratie leitet.

Berlin, den 28. Juni 1950.

SED: gez. Koenen DBD: gez. Scholz  
CDU: gez. Bach Sozialdem. Frakt.: gez. Bürde  
LDP: gez. v. Koerber KB'DFD/VVN gez. Gysi  
NPD: gez. i. V. Homann FDGB/FDJu. a.: gez. Friedel Malter

Behandelt: 17. Sitzung (28. Juni 1950)  
Beschl. angenommen